

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 10

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Innenpolitik

Das wichtigste Geschäft der verflossenen Herbstsession der eidgenössischen Räte war ohne Zweifel die *Armeereform*. Wenn an dieser Stelle vor einem Monat erklärt wurde, die Beschlüsse der nationalrätlichen Militärkommission in Sils hätten die verworrene Situation keineswegs geklärt, sind wir auch heute nicht in der Lage, von einer wirklich stattgefundenen Klärung zu berichten. Wohl hat der Nationalrat, dem die Priorität der Behandlung zustand, die beiden Vorlagen durchberaten und seine Entscheide gefällt; es wäre aber unangebracht, wollte man das Resultat der Beratungen als klare Konzeption bezeichnen. Die Entscheidung hat sich im Verlaufe der mehrtägigen Debatten mehr und mehr auf eine Prestigefrage zugespitzt, so daß berechtigte Zweifel, es seien wichtige Probleme noch zu wenig abgeklärt, nicht gehört wurden. Nachdem der Verschiebungsantrag Gnägi mit der schwachen Mehrheit von 87:78 abgelehnt worden war, hat sich in den wichtigen Punkten durchweg der Standpunkt der Kommissionsmehrheit durchgesetzt. Auch die sozialdemokratische Fraktion hatte sich für Verschiebung eingesetzt und durch den Genossen Oprecht einen Rückweisungsantrag stellen lassen. Einmal mehr ist dieser Anlaß benützt worden, um die Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie in Zweifel zu ziehen. Gegen diese Verdächtigungen hat sich der sozialdemokratische Fraktionspräsident, Genosse Eggenberger, in einer klaren, unmißverständlichen Erklärung verwahrt. Die Sozialdemokratie anerkennt vorbehaltlos die Ziele der militärischen Landesverteidigung, die Wahrung unserer Unabhängigkeit und die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität. Ebenso unbestritten ist von uns Sozialisten, daß sich unsere Armee angesichts der ständigen Entwicklung der modernen Kriegstechnik auf der Höhe der Zeit halten muß und daß demzufolge eine Verstärkung der Bewaffnung und eine möglichst wirksame Konzeption der Verteidigung unerläßlich sind. Die offizielle Konzeption des Bundesrates hat grundsätzlich die Zustimmung des Nationalrates erhalten, doch wurden auf Antrag der Militärkommission selber wesentliche Änderungen beschlossen. Mit der überwältigenden Mehrheit von 139 zu 9 Stimmen entschied sich der Rat für die Beibehaltung sämtlicher heute bestehender Infanteriebataillone. Damit ist eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß eine gutbewaffnete, schlagkräftige Infanterie das Kernstück unserer Armee darstellt und nach wie vor die beste Waffe eines neutralen Kleinstaates ist. Mit großem Mehr wurde die weitgehende Beibehaltung der Kavallerie beschlossen. Die Bestände der Luftwaffe bleiben nach wie vor offen, nachdem Bundesrat Chaudet Postulate entgegengenommen hat, die die Beibehaltung des bisherigen Bestandes von

400 Flugzeugen vorschlugen. Daß mit diesen drei Entscheiden die offizielle Konzeption mindestens gesprengt wurde und daß die gesamte Reform unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse neu zu durchdenken ist, bedarf keiner umfangreichen Beweisführung. Ob es nicht der Sache dienlicher gewesen wäre, diese Fragen vorher endgültig abzuklären, wird die Zukunft zeigen. Jedenfalls ist jetzt der Ausgabenplafond von 1200 Millionen Franken neuerdings in Frage gestellt, wie Bundesrat Chaudet in Beantwortung einer Anfrage des Genossen Max Weber hat zugeben müssen. Diesem Punkt werden wir in den kommenden Monaten unsere ganz besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Überrascht hat die unveränderte Annahme des bundesrätlichen Antrages auf *Erhebung eines zweckgebundenen Benzinzollzuschlages von sieben Rappen für die Finanzierung der Nationalstraßen*, war doch angesichts der massiven Opposition der Automobilverbandsspitzen mit einem Kompromiß zu rechnen gewesen. Wenn sich beide Räte im ersten Anhieb hinter den Bundesrat gestellt haben, dann zweifellos vor allem aus dem Bestreben heraus, alles Mögliche zu tun, um im Interesse der Verkehrssicherheit den Nationalstraßenbau zu fördern und nicht durch eine ungenügende Finanzierung zu verzögern. Nachdem die Gesamtkosten des Netzes auf 5,7 Milliarden geschätzt werden und im Verlaufe der Bauarbeiten weitere Verteuerungen nicht unwahrscheinlich sein werden, ist es zweckmäßig, den vollen Zuschlag schon von Anfang weg zu erheben, um so mehr, als man gerade bei den Landankäufen Überraschungen erleben wird. Das verlangte Opfer ist auch tragbar; mit dem erhobenen Zuschlag wird in der Schweiz noch immer das billigste Benzin Europas verkauft. Jedenfalls hätte der Arbeiter und Angestellte mit Moped, Roller oder Kleinwagen dann, wenn zufolge ungenügenden Zuschlages Anleihen hätten aufgenommen werden müssen, bei der daraus leicht folgenden Hypothekarzinsfußsteigerung riskiert, ein mehrfaches dieses Opfers in Form erneuter Mietzinserhöhungen zu erbringen. Die Automobilverbände würden sich selber übrigens den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie androhungsgemäß das Referendum ergreifen würden; denn eine allfällige Abstimmung würde sich leicht in eine Willenskundgebung für oder gegen den Nationalstraßenbau gestalten, so daß die betreffenden Verbände mit einer Nein-Parole mehr als komisch daständen.

Keine Auseinandersetzung brachte der *Verfassungsartikel über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Treibstoffe*. Das neue Transportmittel, die Pipelines, wird sich mehr und mehr durchsetzen, hat sich doch der Anteil der flüssigen Brenn- und Treibstoffe am gesamten Energiekonsum auch in der Schweiz innerhalb der letzten zwanzig Jahre vervierfacht. In Westeuropa sind zudem größere Rohrleitungsnetze geplant, so daß sich die Schweiz mit diesen Problemen so oder anders wird befassen müssen. Der Bau von Rohrleitungen wirft zahlreiche Fragen neutralitätspoli-

tischer, militärpolitischer und versorgungspolitischer Natur auf; die Gesetzgebungskompetenz des Bundes sollte somit außer Zweifel stehen. Zudem ist die Bundeskompetenz erforderlich, damit eine sinnvolle Koordination mit den traditionellen Transportmitteln – Bahn, Binnenschifffahrt und Straße – gewährleistet werden kann. In diesem Zusammenhang ist vor allem bedeutsam, daß das Konzessionssystem gewählt wird, das wirksamere Eingriffs- und Überwachungsmöglichkeiten gewährleistet. Der Entscheid über diesen vordringlichsten Punkt konnte vorderhand noch umgangen werden, da sich allgemein die Meinung durchsetzte, daß im Verfassungstext darüber noch nichts zu sagen sei. Bei der Ausarbeitung und Beratung des Gesetzes wird die sozialdemokratische Fraktion sich energisch für das Konzessionssystem und eine möglichst umfassende Ausgestaltung der Konzessionsbedingungen einsetzen müssen.

Erwähnt seien noch die sozialdemokratischen Vorstöße zur *Bekämpfung der Bodenspekulation* und der *Überfremdung durch Liegenschaftsverkäufe an Ausländer*. Bekanntlich hatte Bundesrat von Moos bei Beantwortung einer Interpellation Scherrer in der Sommersession bedauernd festgestellt, daß der Bund keine rechtlich wirksamen Möglichkeiten besitze, um gegen den zunehmenden Liegenschaftserwerb durch Ausländer einschreiten zu können. So mußte die ledigliche Bereitschaft, die Frage der Genehmigungspflicht weiterzuprüfen, enttäuschen. Eine sozialdemokratische Motion, die den Bundesrat zur sofortigen Ausarbeitung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Bestimmungen zur Verhinderung einer weiteren Überfremdung des schweizerischen Grundstückmarktes beauftragt, wurde nun vom Bundesrat nicht nur entgegengenommen, sondern gleichzeitig von Bundesrat von Moos bestätigt, daß bereits in der Dezembersession ein Bundesbeschluß über die Genehmigungspflicht für Erwerber mit Wohnsitz im Auslande in beiden Räten zur Behandlung gelangen und daß dieser Beschluß rückwirkend auf den 1. Oktober 1960 in Kraft treten solle. Es ist nun nur noch zu hoffen, daß wirklich wirksame Maßnahmen vorgeschlagen werden; denn ohne gewisse Eingriffe ins Bodenrecht und allenfalls auch in die Handels- und Gewerbefreiheit wird das Problem nicht gemeistert werden können. Auch muß festgestellt werden, daß die Bekämpfung der Landverkäufe an Ausländer allein nicht genügt. Wohl werden die Spekulation und das Steigen der Bodenpreise durch das Eingreifen ausländischer Interessenten unverhältnismäßig stark zugespitzt, da diese Käufer meist jeden Preis zu zahlen bereit sind. Der Kampf gegen den «Ausverkauf der Heimat» darf aber nicht dazu führen, daß die inländische Spekulation übersehen und weiterhin geschont wird. Die Zeit drängt, daß die gesamte staatliche Bodenpolitik einer Revision unterzogen und der Bodenspekulation schlechthin auf den Leib gerückt wird. So verlangte ein Postulat von sozialdemokratischer Seite auch, daß der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten solle, in der er die wertvollen Vorschläge berücksichtigt, welche dem

Bericht einer Studienkommission des Justiz- und Polizeidepartementes, vom 11. Dezember 1958, zu entnehmen sind. Der Bundesrat nahm auch dieses Postulat entgegen, seine Antwort war allerdings wenig verheißungsvoll, indem ausgeführt wurde, die Empfehlungen der Experten hätten eine geteilte Aufnahme gefunden, die öffentliche Meinung bejahe zwar einhellig das Ziel, die Bekämpfung der Bodenspekulation, schrecke aber vor den Mitteln zurück. Wir Sozialdemokraten werden dieses wichtige Problem immer wieder aufgreifen und konkrete Maßnahmen, beispielsweise eine Sperrfrist für die Weiterveräußerung von Grundeigentum oder das gesetzliche Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand, verlangen müssen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Bedeutung und die Möglichkeiten einer aktiven Bodenpolitik mehr und mehr erkannt werden.

Dr. A. Schmid

Außenpolitische Chronik

Es sind nicht immer die Schlagzeilen, die Weltgeschichte festhalten. Jedenfalls dürfte der Theaterdonner, mit dem die UNO-Generalversammlung 1960 begleitet worden ist, längst vergessen sein, während die Welt sich noch mit den Folgen einer deutschen Erfindung abzuplagen hat: mit der *Atom-Zentrifuge*, die es nun nahezu jeder Nation erlaubt, zu tragbaren Kosten das Atombomben-Material Uran 235 aus dem gewöhnlichen Urangemisch auszuscheiden und damit das Ausgangsmaterial der A-Bombe zu besitzen. Brasilien hat bereits zwei solcher Geräte bestellt und wird sie auch erhalten, wenn nicht die bisherigen Atommächte zu einer Vereinbarung gelangen, die via UNO das weitere Atomrüsten unterbindet. Die Meldung über diese Atom-Zentrifuge ist zuerst als unscheinbare, kleine Tagesmeldung aufgetaucht. Wenige nur haben im ersten Augenblick erkannt, daß in dieser lapidaren Wiedergabe eine Tatsache, ein Stück Weltgeschichte begründet wird.

Die UNO-Generalversammlung hatte sich dagegen nicht über mangelnde Aufmerksamkeit der Weltpresse zu beklagen. Das Zusammentreffen der Staatsoberhäupter oder wenigstens der politischen Chefs vieler Nationen war durch den russischen Ministerpräsidenten Chruschtschew in die Wege geleitet worden, der mit seinem Erscheinen eine neue Gipfelkonferenz arrangieren wollte. Das ist ihm zwar nicht gelungen. Sein Gegenspieler, der amerikanische Präsident Eisenhower, hat wohl Chruschtschew tolerieren müssen, hat jedoch mit der Beschränkung der Bewegungsfreiheit dem Moskauer Gegenspieler deutlich genug gezeigt, daß der Herr des Kremls als ungebetener Gast amerikanischen Boden betrete. Auch Fidel Castro konnte in Amerika nicht mit offenen Armen empfangen werden, denn der kubanische Diktator hat die amerikanischen Trusts nicht gerade liebevoll behandelt.

Chruschtschew hat an der UNO-Generalversammlung seine Register gezogen und für die slawische Theaterfreudigkeit alle Ehre eingelegt. Seine

Reden mit den simpel-derben Bildern, seine hemdsärmeligen Pressekonferenzen, seine Schimpftiraden, sein Radaumachen mit dem Pultdeckel und schließlich mit den Fäusten und sogar mit dem Schuh haben ihn nicht in der üblichen Pose eines Staatsmannes gezeigt. Daß er mit diesem Auftreten neben noch vorhandenen westlichen oder neutralen Sympathien die Liebe der Entwicklungsvölker gewonnen hat, ist kaum anzunehmen. Die Delegationen Afrikas und Asiens haben sich jedenfalls wenig beeindrucken lassen. In den Hauptabstimmungen haben sie Chruschtschew verlassen. Der Ostblock ist zeitweise in einer Isolierung erschienen wie unmittelbar nach der Gründung der UNO. Gründlich fehlgeschlagen ist der Versuch, den *Generalsekretär Hammarskjöld* zum Rücktritt zu bewegen und den Generalsekretär überhaupt aktionsunfähig zu machen. Der Vorschlag auf ein Dreiersekretariat bei der UNO, wobei dem Westen, dem Osten und den «Neutralen» je ein Sekretär zustehen würde, hat wenig Gegenliebe gefunden. Die farbigen Völker wollen den westlichen Kolonialismus nicht mit einem östlichen vertauschen. Ihre Regierungen haben die Hetzjagd gegen Hammarskjöld nicht unterstützt und auch den massenhaften Anträgen Chruschtschews zur Traktandenliste nur wenig Gefolgschaft geleistet. Durchgedrungen ist Chruschtschew im Grunde genommen mit zwei Anträgen, mit dem Antrag, die «Abschaffung des Kolonialismus» zu diskutieren und mit dem Antrag auf Behandlung des Algerienproblems. In beiden Fragen hat sich der Westen «elastisch» verhalten. Er hat diesen Traktanden wenig oder keinen Widerstand entgegengesetzt und damit einen spektakulären Erfolg Chruschtschews verhindert. Einen wirklichen Erfolg hatte dagegen Chruschtschew mit der Anvisierung des Themas China. Mit dem knappsten aller bisherigen Ergebnisse hat die UNO-Generalversammlung zwar noch für dieses Jahr auf die Aufnahme der größten Nation verzichtet. Es müssen aber nur noch wenige «Stimmthalter» der Stimme der Vernunft folgen und dann wird auch Amerika in den sauren Apfel beißen müssen. Ob wohl nicht Chruschtschew gerade deswegen nach Neuyork gegangen ist, um einem Besuch an den gleichzeitig stattfindenden Jahresfeiern der Kommunistenherrschaft in China auszuweichen . . . ?

Im übrigen darf festgehalten werden, daß zur gleichen Zeit, da in Neuyork über den Kolonialismus diskutiert wurde, mit *Nigerien* eine der größten britischen Kolonien ihre Selbständigkeit erlangt hat und damit als nun unabhängiges Dominion die gleiche Freiheit genießt wie Kanada, Australien, Indien oder Pakistan. Bemerkenswert mag auch der Umstand sein, daß künftig an den Konferenzen der Premierminister des britischen Weltreiches die Mehrzahl «farbig» sein wird.

Im Kongo haben die Wirren angehalten. Wenn auch der «tägliche Umsturz», der noch im letzten Berichtsmonat charakteristisch war, einer gewissen Stabilität gewichen ist, so hat sich nur die Fieberkurve geglättet, das Fieber aber ist geblieben. Die Machtergreifung durch Oberst Mobutu und

die Verwaltung des Kongo durch die «Studenten-Regierung» der Generalkommissäre hat zwar etwas Ruhe gebracht, hat aber die Frage der Legitimität nicht gelöst. Noch immer ist der von ghanesischen Truppen beschützte Ministerpräsident Lumumba nach außen die Verkörperung der verfassungsmäßigen Regierung, während sein Gegenspieler Mobutu es nicht wagt, das Parlament einzuberufen. Lumumba hätte zwar keine Mehrheit, wenn die Abgeordneten aus Katanga und Kasai erscheinen würden, die Sezessionsbestrebungen in diesen früheren Provinzen verbietet es aber den Ministerpräsidenten Tschombe und Kalondschi, ihre Leute nach Léopoldville zu beordern und dort Lumumba zu stürzen. So bleibt die Situation einstweilen unentschieden, wenn schon gesagt werden muß, daß Lumumba viele Chancen verscherzt und seine Isolierung selber verschuldet hat.

In *Algerien* wütet nach wie vor der «schmutzige Krieg», und General de Gaulle bringt immer weniger die Kraft auf, eine wirkliche Lösung durchzusetzen. In der Armee brauen sich neue Unruhen zusammen, die Polarisierung in Frankreich, die durch die Person de Gaulle über zwei Jahre gebannt werden konnte, macht nun wieder deutliche Fortschritte. Die Sozialisten der SFIO haben sich erstmals von de Gaulles Politik losgesagt, und auch der Absprung von de Gaulles «älterem Kameraden» Reynaud zeigt an, daß Frankreichs Staatschef immer einsamer wird. Auch das Zusammentreffen von Frankreichs Ministerpräsidenten Debré mit Adenauer hat nicht mit dem üblichen Einvernehmen geendet. Adenauer kann de Gaulles natofeindliche Politik nicht gutheißen. Um so mehr sucht Adenauer darum jetzt Kontakt mit dem einst in Bonn gar nicht gut angeschriebenen britischen Premier Macmillan. Wie weit sich das auch noch auf die europäischen Wirtschaftsgemeinschaften abfärben wird, muß einstweilen offen bleiben.

Macmillan selber ist einer großen Sorge enthoben worden. Die zwei Resolutionen des Labour-Kongresses, von denen die eine die Politik der Unterhausmitglieder den Direktiven der Partei unterstellen will und die andere, die die einseitige atomare Abrüstung Englands fordert, haben zwar ihre Mehrheiten erhalten. Das war möglich dank dem Stimmengewicht der großen Gewerkschaften, welche den Labour-Kongreß zu beherrschen vermögen. Gaitskell hatte seine Politik mit Bravour verteidigt. Er hatte den Kongreß wohl tief beeindruckt, konnte aber die schon vorher festgelegten Gewerkschaftsblöcke nicht mehr beeinflussen. Das hat nun der Labour-Party jede Chance geraubt, im Laufe der nächsten Jahre an die Macht zu kommen. Am meisten freuen sich darüber die Liberalen, die bereits wieder ihren Weizen wachsen hören.

Im Gegensatz zu Labour hat die Partei der *schwedischen Sozialdemokraten* einen begeisternden Wahlsieg errungen. Ihre Politik ist von den Konservativen mit einer Schärfe und Grundsätzlichkeit angegriffen worden wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das hat die Arbeiter mobilisiert. Unsere schwe-

dische Bruderpartei hat dabei mehr als 200 000 neue Wähler (vor allem junge) mobilisiert und das trotz einer denkbar ungünstigen Ausgangslage. Die Kommunisten hatten nämlich diesmal in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, um die Sozialdemokraten zu schwächen. Sie hofften dadurch, ein Wahlergebnis herbeiführen zu können, das die Sozialdemokraten den Bündniszwang mit den Kommunisten auferlegen würde. Daraus wäre zwar auch bei einem andern Wahlausgang nichts geworden. So aber haben die schwedischen Sozialdemokraten praktisch keine Hilfe nötig. Sie können ihr großartiges Aufbauwerk weiterhin fortsetzen. Darf man beifügen, daß unsere schwedischen Genossen eine äußerst nüchterne Politik betreiben und wohl auf dem ganzen Kontinent am wenigsten dem Scheinradikalismus verfallen sind? Dafür haben sie es zu sehenswerten Leistungen gebracht, während andernorts wohl kräftigere Sprüche geklopft werden, aber . . .

Es wäre noch vieles zu erwähnen. Der Raum läßt es nicht zu. Die *Ermordung* des japanischen *Sozialistenführers Asanuma* durch einen rechtsradikalen Eiferer gemahnt an die Entwicklung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Die von den *Faschisten* inspirierten Kundgebungen in *Rom* wegen der Südtiroler haben auch wieder Töne aufleben lassen, die schon tausend Jahre lang die Atmosphäre vergiftet haben. Daß im Gefolge der ersten nationalistischen Ausschreitungen in Rom auch antisemitische Pöbeleien erfolgten, zwingt uns Sozialisten, ein wachsames Auge und Ohr zu haben.

Sollen wir noch *Dona Fabiola* erwähnen, die Verlobte des belgischen Königs? Sollen wir darauf hinweisen, daß die *amerikanischen Gewerkschaften* beschlossen haben, ihren Mitgliedern zu empfehlen, für Kennedy zu stimmen, sollen wir die *Wahl* von *Janio Quadros* zum neuen Präsidenten Brasiliens kommentieren, den *Zwist in Laos* oder die neuen *Grenzschikanen in Berlin*? Die Stichworte sind gefallen, der nächste Monat wird sicher Gelegenheit zu einer eingehenderen Betrachtung dieser Dinge bieten. Als letztes sei nur erwähnt, daß sich *Indien* und *Pakistan geeinigt* haben, über die Verwertung des Wassers des Indus, des großen Stromes im Westen des indischen Subkontinentes. Solche Dinge gibt es nämlich auch. Ein jahrzehntelanger Händel hat sein wahrscheinlich gutes Ende genommen. Unter Mithilfe der Weltbank ist hier ein Friedenswerk angebahnt worden, das ebenfalls allergrößte Schlagzeilen verdient hätte. Es wird den Weg zu einer Aufbauarbeit weisen, die nachhaltiger als viele Wortwechsel und Fehden zum dringend nötigen Fortschritt führen wird. Der entscheidende Kampf unseres Jahrhunderts ist der Kampf gegen den Hunger und den führt man nicht mit Radauszenen in Neuyork, sondern mit Pflug und Egge, durch die Beherrschung der Wasserkräfte, durch die Überflutung trockener Gebiete und die Bändigung der verheerenden Fluten. Behalten wir unser Auge für diese Dinge offen. Auch in der Schweizergeschichte sind nicht nur die Schlachten das Wesentliche.

Max Schärer